

50 bis 200 Milliarden Franken Zusatzschulden für den Bund?

Die Klimafonds-Initiative stellt unter einem grünen Deckmantel die Schuldenbremse grundlegend infrage

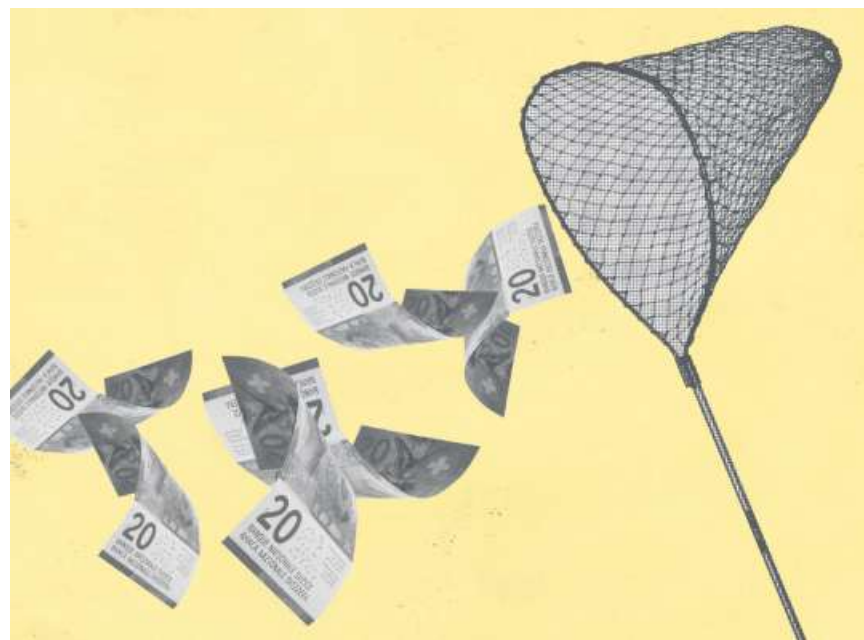


ILLUSTRATION PAULINE MARTINET / NZZ

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Schweiz ist eine Trommelfeuer-Demokratie. In hoher Kadenz stimmen die Bürger über Vorlagen von grosser Tragweite ab. Oft beanspruchen weitreichende Volksinitiativen von links oder von rechts Bundespolitik und Bevölkerung. Ein typisches Beispiel ist die Klimafonds-Initiative der Linksparteien, die am 8. März an die Urne kommt.

Die Initiative richtet mit der grossen Kelle an. Der Bund müsste spätestens ab 2029 bis 2050 jährlich 0,5 bis 1 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) in einen Subventionstopf stecken. Im Durchschnitt geht es um 5 bis 10 Milliarden Franken pro Jahr, was total bis 2050 zu heutigen Preisen 100 bis 200 Milliarden Franken entspricht. Die Initiative sagt nicht ausdrücklich, dass alles neue Gelder sein müssen. Doch selbst mit Anrechnung der bereits existierenden Klimasubventionen wären bis 2050 total mindestens etwa 50 Milliarden Franken verlangt.

«Das kann auch ohne neue Steuern und Abgaben finanziert werden», schreiben die Initianten im Abstimmungsbüchlein verlockend. Der Bund soll aber nicht etwa an anderen Orten sparen, sondern sich zusätzlich verschulden. Denn die Initiative will ein zentrales Element der Finanzpolitik des Bundes aushebeln: die Schuldenbremse.

Gemäss geltenden Regeln darf der Bund in einem durchschnittlichen Konjunkturjahr kein Defizit budgetieren. Die Initiative verlangt, dass die jähr-

lich in den Klimafonds fliessenden Gelder bei der Berechnung der zulässigen Höchstausgaben im Bundesbudget nicht berücksichtigt werden. Der Bund könnte damit seine Schulden bis 2050 je nach Art der Umsetzung um etwa 50 bis 200 Milliarden Franken erhöhen.

Was heisst hier «Investition»?

Die Initianten reden gerne von «Investitionen». Gemeint sind aber Subventionen. Dies zum Beispiel zur Förderung erneuerbarer Energien, von Gebäudesanierungen, Elektroautos und von Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen im Kontext der Klimapolitik – «inklusive finanzieller Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit», wie es im Initiativtext heisst.

Es geht somit offenkundig nicht um einen Fonds im privatwirtschaftlichen Sinn, der in Unternehmen investiert, daraus eine Rendite erwirtschaftet und verspricht, letztlich das eingesetzte Geld zusätzlich Gewinne zurückzuzahlen. Aus Sicht der Bundeskasse wären deshalb die verlangten Gelder für den Klimafonds als Konsumausgaben zu werten – ebenso wie zum Beispiel Subventionen für die AHV, die Landwirtschaft oder die Forschung.

Aus Sicht der Initianten sind Klimasubventionen eine Investition im Sinne einer Zukunftssicherung. Deshalb ist es für die Initianten gerechtfertigt, den Klimafonds via Zusatzschulden zu «finanzieren». Das mag zwar künftige Steuerzahler belasten, doch diese könnten im Gegensatz von einer klima-

schonenden Politik der Gegenwart profitieren.

Solche Überlegungen sind nicht unplausibel – wenn man grosszügig ausklammert, dass ein Schweizer Klimafonds für das Weltklima praktisch nichts bringt. Doch mit der genannten Logik liesse sich auch für viele andere Ausgabeposten des Bundes eine ähnliche Investitionsgeschichte erzählen. Besonders nahe liegt dieser Gedanke zum Beispiel bei der Forschung und der Verkehrsinfrastruktur. Auch Landwirtschaftssubventionen liessen sich als «Sicherung der Zukunft» verkaufen – etwa mit dem Argument, dass ohne Bauern die künftige Ernährungssicherheit der Schweiz gefährdet wäre. Ähnliches gilt im Prinzip auch für die Armeeausgaben. Sogar mit den Sozialausgaben liesse sich eine Investitionsgeschichte zimmern: Der gesellschaftliche Kitt von heute ist eine wichtige Voraussetzung für das Gedeihen des Landes morgen und übermorgen.

Das Steuerungsinstrument für die geltende Schuldenbremse ist die Finanzierungsrechnung des Bundes. Diese Rechnung beruht im Grundsatz auf Ein- und Ausgaben via effektive Geldflüsse. Investitionen im buchhalterischen Sinn

Klimafonds-Initiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 8. März 2026

(zum Beispiel für den Bau von Strassen und den Kauf von Kampfflugzeugen) zählen dabei wie klassische Konsumausgaben schlicht als Ausgaben. Im Gegensatz wird die Finanzierungsrechnung nicht mit Abschreibungen belastet. Bei Ausklammerung gewisser Ausgaben mit «Investitionscharakter» von der Schuldenbremse wäre die Missbrauchsgefahr gross. Und ein stetiger Schuldenanstieg wäre programmiert.

Wer befiehlt, soll auch zahlen

Die geltende Schuldenbremse des Bundes verhindert keine Mehrausgaben für Klimapolitik, Forschung, Landwirtschaft, Armee, AHV und die unzähligen anderen guten Zwecke. Sie verhindert nur, dass wir die Kosten heutiger Ausgabenbeschlüsse ausschliesslich künftigen Generationen anhängen können: Heutige Zusatzausgaben zwingen heute zu Einsparungen an anderen Orten oder zu höheren Steuern. Die Schuldenbremse hat den Staat nicht ausgehungert: Seit deren Einführung sind die Bundesausgaben pro Einwohner teuerungsbereinigt weiter gewachsen, und

insgesamt wuchsen sie prozentual fast so stark wie die Volkswirtschaft.

Laut der Bundesverfassung müssen Einnahmen und Ausgaben des Bundes «auf Dauer im Gleichgewicht» sein. Die Umsetzung auf Gesetzesstufe ist noch etwas strenger. Die Gesetzesregeln führten zu einem Abbau der Bundesschulden – bis zur Sondersituation der Pandemie ab 2020.

Die Schuldenbremse ist eine Selbstkasteiung von Politik und Bürgern. Sie ist ein Korrektiv gegen die menschliche Neigung, das Hier und Jetzt weit höher zu gewichten als das Schicksal kommender Generationen. Die Opferbereitschaft der Menschen für die eigenen Kinder ist zwar sehr hoch, aber mit einer anonymen Masse namens «künftige Generationen» fühlt man sich weit weniger verbunden.

Lektion der AHV

Gespiegelt ist diese Tendenz in der hohen Verschuldung vieler Staaten ohne strikte Schuldenbremse. So war zum Beispiel 2024 die Staatsverschuldung in Frankreich gemessen an der Grösse der Volkswirtschaft 4,6-mal so hoch wie in der Schweiz. Im Durchschnitt des Euro-Raums betrug die Schuldenquote das 3,6-Fache des Schweizer Niveaus. Gemessen an der derzeitigen Rendite von 10-jährigen Staatsanleihen muss Frankreich für Langfristschulden jährlich etwa 3 Prozentpunkte mehr Zins zahlen als die Schweiz. Mit dem derzeitigen französischen Zinsniveau hätte der Bund jährliche Mehrausgaben für Zinsen von über 2 Milliarden Franken.

Der Bund wäre ohne Schuldenbremse wohl weit stärker verschuldet. Vor Einführung der Schuldenbremse 2003 waren die Bruttoschulden des Bundes seit 1990 von knapp 40 auf über 120 Milliarden Franken gestiegen. Danach sanken sie bis 2019 auf knapp 100 Milliarden. Vor allem wegen der Pandemie stiegen sie seither auf rund 130 Milliarden.

In der Schweiz zeigt sich die Tendenz, den künftigen Generationen Lasten anzuhängen, besonders in der «Abzocker-Mentalität» bei der AHV. Diese kennt keine Instrumente zum Schutz der Jüngeren. Die Parteien hinter der Klimafonds-Initiative setzen in der Altersvorsorge auf diese Mentalität, doch in der Klimapolitik fürchten sie sich davor. Deshalb verlangt die Klimafonds-Initiative keine sichtbaren Opfer der Bürger.

Mit diesem Text verabschiedet sich Hansueli Schöchli von den NZZ-Lesern.